

An die Leitung des Sachabgabezentrums Eschenhof und die zuständigen Verantwortlichen

Offener Brief der BewohnerInnen des Sachabgabezentrums Eschenhof

Eschenhof, den 5.10.2011

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Leben als NothilfebezügerInnen im Eschenhof ist für uns allgemein sehr belastend. Viele unter uns leiden und beklagen sich darüber, dass ihnen in der Schweiz kein Recht auf ein würdigeres Leben zugestanden wird. Zu diesem Schreiben veranlassen uns Vorfälle und Zustände, die für uns in keiner Art annehmbar sind. Wir fordern Sie auf, auf folgende Punkte einzugehen:

Sach- und Nahrungsabgabe: Der Zugang zu Nahrungsmitteln ist für uns ein grosses Problem. Das Sortiment im Zentrumsladen ist zu wenig vielfältig und es hat von einzelnen gefragten Produkten nicht genügend im Angebot für alle. Insbesondere mangelt es an Pouletfleisch, das viele von uns gerne essen. Neuerdings wurde ein Lotteriesystem eingeführt, um zu bestimmen, wer zuerst einkaufen darf. Wer Pech hat und eine der höheren Nummern zieht, hat nur noch Zugang zu wenigen Produkten des Angebots. Dies respektiert unsere Menschenwürde nicht. Wir fordern ein neues Konzept bzw. den Wechsel von Sach- zu Geldabgabe, damit wir frei entscheiden können wann, wo und was wir für den täglichen Gebrauch einkaufen.

Zusätzlich fordern wir, in Zukunft die Küche wieder ab 8 Uhr morgens zugänglich zu machen. Viele Leute wollen gerne bereits vor 10 Uhr einen Kaffee kochen oder Frühstück essen.

Zugtickets: Wir erhalten in der Nothilfe kein Bargeld sondern Bons oder Gutscheine. Damit ist es uns nicht möglich, am Bahnhof ein Zugticket zu kaufen. Wer sich frei bewegen will, ist darauf angewiesen seine Gutscheine einzutauschen. Wir fordern daher die Abgabe von Geld oder die Möglichkeit im Zentrum mit unseren Bons Tickets zum gleichen Preis wie am Bahnhofschalter zu beziehen.

Urlaub: Wie viele andere Menschen pflegen auch wir gerne Freundschaften. Besonders das Wochenende bietet sich an, um eine Nacht bei Freunden ausserhalb des Zentrums zu verbringen. Wer sich am Freitag vorher nicht abmeldet, verliert jedoch den Anspruch auf einen oder zwei Tage Sachabgabe. Dies grenzt unsere Spontaneität ein und wir sind so einer ständigen Kontrolle ausgesetzt. Wir fordern Sie auf, auf diese Regelung zu verzichten. Ebenfalls wehren wir uns gegen Urlaubsverbote, die ausgesprochen werden, wenn jemand im Verlauf der Woche die Präsenzkontrolle einmal nicht unterschrieben hat.

Präsenzlisten unterschreiben: Jeden Tag müssen wir zwischen 11 und 12 Uhr Präsenzlisten unterschreiben. Wir fordern Sie auf, diese Regelung rückgängig zu machen und uns das Recht zu zugestehen, die Präsenzlisten zu Büroöffnungszeiten

(8 Uhr bis 17 Uhr) unterschreiben zu dürfen. Wir sind darauf angewiesen, dass wir unsere Anwälte oder andere Personen für Termine und Beratungen treffen können.

Privatsphäre: Wie alle Menschen brauchen wir eine Privatsphäre. Diese ist durch die Nothilfe grundsätzlich eingeschränkt. Wir fordern das Zentrumspersonal um Respekt. Das beinhaltet, dass es früh morgens nicht mehr unangemeldet in unsere Schlafräume eindringt. Ebenfalls geht es die ZentrumsbetreiberInnen nichts an, wie viele T-Shirts oder neue paar Schuhe wir in unseren Schränken haben oder woher wir diese erhalten haben. In Zukunft werden wir uns weigern, Auskunft auf solche Fragen zu geben.

Polizei: Nicht selten kommt es vor, dass die Polizei mit einem Grossaufgebot mitten in der Nacht oder am frühen Morgen im Zentrum aufkreuzt und einzelne Leute in Handschellen in Ausschaffungshaft abführt. Dabei scheut die Polizei auch nicht davor zurück, Familien mit Kindern oder Väter in Anwesenheit von ihren Kindern aus dem Schlaf zu reissen und mitzunehmen. Diese Einsätze sind für alle Anwesenden traumatisierend und beängstigend. Wir fordern die kantonalen Behörden diese Praxis sofort einzustellen.

Keine Diffamierung: In Biel kursieren im Umfeld des Mittagstisches Gerüchte, dass die Zentrumsleitung uns dort allgemein als Drogenhändler und Kriminelle beschrieben hat. Falls dies zutrifft, fordern wir Sie auf, Diffamierungen dieser Art sofort zu unterbinden. Wir kämpfen bereits genug mit negativer Stigmatisierung.

Kollektivbestrafungen: Nach einem Vorfall im Fitnessraum wurde dieser für alle geschlossen. Es darf nicht vorkommen, dass das Zentrumspersonal Kollektivstrafen gegen uns ausspricht. Wir fordern Sie auf, in Zukunft davon abzusehen und den Fitnessraum wieder zu öffnen.

Workfare: Wer Workfare-Arbeit leistet, erhält seine Entschädigung in Form von Gutscheinen für Denner oder Coop. Wir sehen nicht ein, weshalb wir gezwungen werden, unseren Lohn in einem vorbestimmten Laden auszugeben. Bitte bezahlen Sie uns Geld aus.

Gesundheit: Bis anhin war der Zugang zu einem Arzt oder zum Spital für uns nicht genügend gewährleistet. Erstens finden wir es nicht angepasst, dass das Zentrumspersonal, das nicht speziell auf Gesundheitsfragen geschult wurde, über unseren Zugang zum Gesundheitssystem bestimmen darf. Zweitens müssen wir oft selber für den Transport zum Arzt aufkommen. Öfters kommt es vor, dass kranke oder verletzte BewohnerInnen zu Fuss und ÖV zum Arzt gelangen müssen. Ein Transport wird selten organisiert. Der Migrationsdienst hat neu entschieden, dass allen abgewiesenen Asylsuchenden eine Krankenkasse zusteht. Diese Regelung gilt rückwirkend ab dem 1.8.2011. Mit dieser Regelung gelten für abgewiesene Personen die gleichen Regeln wie für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene. Die Einschränkung auf Notfallmedizin ist somit aufgehoben. Wir fordern die Leitung des Sachabgabezentrum Eschenhof dazu auf, diese neue Regelung per sofort zu berücksichtigen und umzusetzen!

Duschen: Für sämtliche BewohnerInnen des Eschenhofs stehen ausschliesslich vier Duschen für Männer und drei Duschen für Frauen zur Verfügung. Dies ist zu wenig.

Zudem ist das Wasser entweder feurig heiss oder eiskalt. Wir würden uns freuen, wenn Sie rasch Massnahmen einleiten, um etwas an der Situation zu ändern. Ab 22 Uhr ist es uns nicht mehr erlaubt, zu duschen. Wir fordern Sie auf, die Duschen in Zukunft bis um 24 Uhr offen zu lassen.

Nachbarschaft: In der Nachbarschaft des Zentrums wohnt eine Familie, zu welcher wir ein gutes Verhältnis aufgebaut haben. Auch haben einige von uns Bekannte im Zentrum Nussdorf. Neulich werden diese Kontakte vom Zentrumspersonal eingeschränkt. Auch wir sind Menschen mit Anrecht auf nachbarschaftliche Kontakte. Wir fordern Sie auf, dies zu respektieren.

Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit: ZentrumsbewohnerInnen wurde es durch die Leitung des Eschenhofs untersagt, in Gruppen auswärtige Mitglieder von Bleiberecht in unseren Räumlichkeiten zu empfangen. Dieses Verbot widerspricht unserem Recht nach sozialen Kontakten und demjenigen nach Selbstorganisation, beides Menschenrechte, die in der EMRK ausdrücklich erwähnt und bereits vom Bundesgericht anerkannt wurden. Wir sind freie Menschen, die sich eine freie Meinung bilden dürfen. Es steht uns das Recht zu, uns zu versammeln und einzuladen, wen und wann wir wollen.

Die Schweizerische Bundesverfassung sichert uns ein Recht auf Nothilfe und Menschenwürde zu. Zu einem würdigen Leben gehören die genannten Punkte. Wir zählen deshalb auf Ihr Verständnis und ein rasches Entgegenkommen. Wir laden Sie ein, konkrete Verbesserungsvorschläge gemeinsam im Eschenhof zu besprechen.

Im Voraus danken wir Ihnen für Ihre Bemühung.

Freundliche Grüsse

Die BewohnerInnen des Sachabgabenzentrums Eschenhof

Beiliegend: Unterschriftenblatt